



Antisemitismuskonferenz: Oskar Deutsch, Ariel Muzicant, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Moshe Kantor, Justizminister Wolfgang Brandstetter.

Dialog gegen Antisemitismus

Rechtliche Maßnahmen gegen Antisemitismus in Österreich waren Thema einer Veranstaltung im Justizministerium in Wien.

Die Europäische Grundrechteagentur (FRA) erachtet Antisemitismus in Europa als „ernst zu nehmendes Problem“. In ihrer Erhebung zu Wahrnehmungen und Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus beklagt FRA, dass es wenige vergleichbare Zahlen zum Antisemitismus in Europa gebe und fordert eine größere Ermutigung von Zeugen und Opfern von Antisemitismus, Vorfälle zu melden. Die Grundrechteagentur empfiehlt die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwälten und Nichtregierungsorganisationen, Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie die Festlegung einer klaren, einheitlichen, gemeinsam getragenen Definition von Antisemitismus. Darüber diskutierten Vortragende und Teilnehmer bei der Veranstaltung „Opening A Dialogue Combating Antisemitism Through Legal Means“ am 23. November 2015 im Justizministerium in Wien.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der internationalen Vereinigung jüdischer Juristen und vom Kantor Center for the Study of Contemporary European Jewry. Dr. Moshe Kantor, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner und Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter eröffneten die Veranstaltung. Moderatoren der beiden Diskussionsrunden waren Dr. Ariel Muzicant, Vizepräsident des Europäischen Jüdischen Kongresses und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Die Teilnehmer konnten sich ein Bild über die Arbeitsdefinition zu Antisemitismus in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft machen. Über die rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich berichteten Sektionschef Dr. Christian Pilnacek (BMJ) und Sektionschef Dr. Mathias Vogl (BMI). Vogl gab einen Einblick in die Aktivitäten des BMI in der Bekämpfung des Antisemitismus. Er

ging auf die die Ermittlungstätigkeit der Polizei und speziell des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ein, berichtete über Entwicklungen und Tendenzen und informierte über die Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen des BMI, wie die Bildungsarbeit des pädagogischen Fachbereichs der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, interne Schulungen in Kooperation mit der Anti-Defamation-League sowie das Projekt „Vielfaltsmanagement“ der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

Holistischer Ansatz. Präsident Moshe Kantor betonte, dass ein holistischer Ansatz zur Bekämpfung von Antisemitismus notwendig sei, der Schulungen, eine sensible Medienarbeit und die Gesetzgebung umfassen müsse. Österreich spiele hier eine „lobende Vorreiterrolle in Europa“. Auf die Maßnahmen könne für ein friedliches Zusammenleben gut aufgebaut werden. *Johanna Eteme*